

Das sowjetische Friedensprogramm, verkündet auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU am 30. März 1971, forderte u. a.:

- Liquidierung der Kriegs-herde; Verzicht auf Gewaltanwendung und Androhung bei der Lösung internationaler Streitfragen; Abschluß entsprechender bilateral oder regionaler Verträge
Endgültige Anerkennung der im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstandenen territorialen Veränderungen in Europa; Einberufung und erfolgreiche Durchführung einer gesamt-europäischen Beratung
Abschluß von Verträgen, die Kern-, chemische und bakteriologische Waffen verbieten
Einberufung einer Weltkonferenz zur Erörterung der Abrüstungsprobleme.

Und das war das 5-Punkte-Programm der DDR, beschlossen auf dem VIII. Parteitag der SED am 19. Juni 1971:

- Die DDR tritt für die baldmögliche Einberufung der europäischen Sicherheitskonferenz ein,
Die DDR bekundet ihre Bereitschaft, Mitglied der UNO und ihrer Spezialorganisationen zu werden,
Die DDR erklärt ihre Bereitschaft, mit allen Staaten normale diplomatische Beziehungen aufzunehmen,
Die DDR tritt weiterhin für die Aufnahme normaler Beziehungen entsprechend den Regeln des Völkerrechts auch zur BRD ein,
Die DDR ist unverändert bereit zur Normalisierung des Verhältnisses gegenüber Westberlin,

Das Ergebnis nach zwei Jahren:

Bereits vor dem XXIV. Parteitag der KPdSU schloß die UdSSR am 12. August 1970 mit der BRD einen Vertrag ab. Am 7. Dezember 1970 schloß die Volksrepublik Polen ebenfalls einen Vertrag mit der BRD ab. Wichtigstes Ergebnis dieser Verträge ist die Anerkennung der im Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstandenen Grenzen in Europa durch die Bundesregierung. Damit verzichtet die BRD zum ersten Male völkerrechtlich verbindlich auf die Erhebung von Gebietsansprüchen und erkennt die territoriale Integrität aller europäischen Staaten in den heutigen Grenzen uneingeschränkt an. 1. Juni 1972: Austausch der Ratifizierungsurkunden in Bonn.
3. Dezember 1971: Vierseitiges Abkommen der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs über Westberlin. Die drei Westmächte erkennen damit den besonderen politischen Status von Westberlin an und bestätigen, daß Westberlin nie zur BRD gehörte und gehören wird. In völkerrechtlicher Form wird zum ersten Mal die DDR als souveräner Staat, werden ihre Grenzen, ihr Territorium und die Art ihrer Beziehungen zur BRD und Westberlin bestätigt. Mit der Unterzeichnung des vierseitigen Schlußprotokolls am 3. Juni 1972 tritt das Abkommen in Kraft.
Oktober 1971: Verhandlungen zwischen L. I. Breschnew, Generalsekretär des ZK der KPdSU, und dem französischen Staatspräsidenten, G. Pompidou, in Paris. Beide Repräsentanten sprechen sich für die Einberufung einer gesamt-europäischen Konferenz zu Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in nächster Zukunft aus. Die vereinbarten Prinzipien der Zusammenarbeit sind durch ihre Konstruktivität beispielgebend für die Prinzipien der friedlichen Koexistenz.

Am diesjährigen 1. Mai kündeten die Transparente überall in den Ländern des Sozialismus von den Arbeitserfolgen auf allen Gebieten. Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Leonid I. Breschnew, zog in seiner Rede auf dem Roten Platz in Moskau eine eindrucksvolle Bilanz des seit dem Parteitag Erreichten. Er verwies besonders auf das April-Plenum des ZK der KPdSU, auf dem der Beschluß „Über die internationale Tätigkeit des ZK der KPdSU bei der Realisierung der Beschlüsse des XXIV. Parteitages“ einstimmig angenommen wurde. Wie er in seiner Rede betonte, stellten die Teilnehmer dieses Plenums mit tiefer Genugtuung fest, daß bei der Verwirklichung des vom Parteitag beschlossenen Friedensprogramms große Fortschritte erreicht wurden.



ERFOLGE sozialistischer Friedenspolitik

Zwei Jahre nach zwei Parteitagen - eine Dokumentation von W. Suckert

Leonid Breschnew und Richard Nixon besiegeln im Mai 1972 die Ergebnisse der SALT-Gespräche (oben). Dr. Michael Kohl und Egon Bahr führten die Verhandlungen zum Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD (rechts). DRV-Außenminister Nguyen duy Trinh (Mitte) und Minister Xuan Thuy (links) nach Abschluß der Pariser Vietnam-Verhandlungen (unten).



Diese Liste ist nicht vollständig. Andererseits zeigen gerade die Ereignisse in Vietnam, daß dem Imperialismus Zugeständnisse nur im harten Kampf abgerungen werden können, daß es gilt, „stets wachsam und bereit zu sein, jeglichen Anschlägen der aggressiven und reaktionären Kreise des Imperialismus eine Abfuhr zu erteilen“. Aber die Tatsachen belegen die Feststellung des April-Plenums: „Die aktive und initiativreiche internationale Politik der KPdSU, die sich auf die große Kraft und Autorität des Sowjetstaates und auf die Zustimmung des ganzen Volkes stützt, trägt zu positiven Wandlungen in der internationalen Lage bei. Bedeutend gefestigt haben sich die Positionen und die Einheit der sozialistischen Bruderländer, gewachsen ist der Einfluß ihrer koordinierten Politik auf den Verlauf der internationalen Ereignisse. Umfassende Anerkennung haben die Prinzipien der friedlichen Koexistenz als Norm der Beziehungen von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung gefunden, es vollzieht sich eine Wende vom „kalten Krieg“ zur Entspannung.“

- 17. Dezember 1971: Unterzeichnung des Abkommens zwischen der DDR und der BRD über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin(West).
20. Dezember 1971: Die Regierung der DDR und der Senat von Westberlin unterzeichnen Vereinbarungen, die den Reise- und Besucherverkehr erleichtern und verbessern sowie die Enklavenfrage durch Gebietsaustausch regeln.
26. Mai 1972: Unterzeichnung des Verkehrsvertrages zwischen der DDR und der BRD. Erster Staatsvertrag zwischen beiden Staaten, wie er zwischen souveränen und voneinander unabhängigen Staaten international üblich ist.
Ende Mai 1972: Während des Aufenthalts von Präsident Nixon in Moskau erkennen die USA zum ersten Mal mit der Unterzeichnung der Erklärung über „Grundlagen der Beziehungen zwischen der UdSSR und den Vereinigten Staaten von Amerika“ offiziell die Prinzipien der friedlichen Koexistenz als Grundlage der Beziehungen zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten an.
8. November 1972: Paraphierung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland.
21. November 1972: Die DDR wird als 131. Mitgliedsstaat in die UNESCO, die UNO-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, aufgenommen.
22. November 1972: Beginn der multilateralen Konsultationen von 32 europäischen Staaten sowie der USA und Kanada zur Vorbereitung der gesamt-europäischen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki-Dipoli.
19. November 1972: Vom Plenum der UNO-Vollversammlung werden auf Vorschlag der UdSSR eine Entschließung zur Vorbereitung einer Weltabrüstungskonferenz und eine Resolution zum Verbot der Anwendung von Kernwaffen für alle Zeiten angenommen.
21. Dezember 1972: Eine weitere Phase der sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT) ist zum Abschluß gekommen.
21. Dezember 1972: Unterzeichnung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD in Berlin. Der Vertrag regelt die Beziehungen zwischen beiden Staaten auf der einzig möglichen Grundlage: auf der Basis der friedlichen Koexistenz.
31. Dezember 1972: Zum Jahreswechsel unterhält die DDR zu 55 Staaten diplomatische Beziehungen. Im Jahre 1972 wurde die diplomatische Blockade der DDR seitens der kapitalistischen Staaten durchbrochen.
23. Januar 1973: Der Sonderberater der DRV-Regierung, Le Duc To, und der Sicherheitsberater des USA-Präsidenten, Kissinger, paraphieren in Paris das Abkommen über die Einstellung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam.
27. Januar 1973: Vertreter der DRV und der RSV sowie Vertreter Washingtons und Saigons unterzeichnen in Paris das Vietnamabkommen. Die USA sind damit verpflichtet, innerhalb von 60 Tagen ihre Aggressionstruppen aus Südvietnam zurückzuziehen. Am 27. Februar beginnt eine internationale Vietnamkonferenz in Paris.
21. Februar 1973: Repräsentanten der Patriotischen Kräfte und der krieglichen Regierung von Laos unterzeichnen in Vientiane ein Abkommen über die Wiederherstellung des Friedens und die Verwirklichung der nationalen Eintracht im Lande.
2. März 1973: Die Außenminister der UdSSR, der DRV, der RSV, der VR Polen, der Ungarischen Volksrepublik, der USA, Frankreichs, der VR China, Englands, Kanadas, Indonesiens und Südvietnams unterzeichnen auf der Pariser Vietnamkonferenz den „Akt der Internationalen Konferenz über Vietnam“ und besiegeln damit die endgültige Niederlage der USA in Vietnam.
8. Mai 1973: Die DDR wird in die Weltgesundheitsorganisation (WHO) aufgenommen. Auch in zahlreichen anderen Unterorganisationen der UNO ist sie inzwischen Mitglied. Sie unterhält diplomatische Beziehungen zu 82 Ländern.

Fragen und Antworten

Wie ist der Stand in Dipoli?

Die Einberufung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wird eines der herausragenden internationalen Ereignisse dieses Jahres sein. Diese Konferenz ist die größte ihrer Art in Europa seit mehr als hundert Jahren. Selbst der Vatikan nimmt erstmalig in diesem Jahrhundert an einer politischen Konferenz teil. Ziel sind die Gewährleistung der europäischen Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. Die NATO-Staaten, die zunächst gegen diese Konferenz kämpften, hatten später versucht, sie durch Koppelung mit Fragen der Abrüstung zu belasten. Da über diese komplizierte Materie eine Einigung schwierig ist, wären dadurch andere, leichter lösbare Fragen nicht oder nur schleppend behandelt worden. Der Standpunkt der sozialistischen Staaten in dieser Frage setzte sich durch. Probleme der Abrüstung werden nun bei den Gesprächen in Wien behandelt.
Seit dem 22. November vergangenen Jahres laufen in Helsinki die multilateralen Konsultationen zur Vorbereitung der Konferenz. Am 26. April begann die vierte und wahrscheinlich letzte Phase der Gespräche.
Bisher hat man relative Übereinstimmung erzielt, welche Fragen auf der Konferenz behandelt werden sollen. Grundlage dafür war ein Vorschlag der UdSSR vom 22. Januar 1973. Die vier Punkte dieses Entwurfs wurden in sogenannte Körbe gepackt und getrennt in Arbeitsgruppen und „Minigruppen“ besprochen. Deutlich wird in den Verhandlungen immer wieder, daß hier Staaten mit unterschiedlicher, ja entgegengesetzter Gesellschaftsordnung teilnehmen. Es kann dabei keine Annäherung der Systeme geben, sondern die Anerkennung der Divergenz macht diese Konferenz, die ja von einem nichtkriegserregenden Nebeneinander zu friedlichem Miteinander führen soll, überhaupt erst möglich. Im einzelnen enthalten die „Körbe“ z. Z. folgendes:
Korb 1: Er umfaßt den Komplex Sicherheit. Hier sollen allgemeine, verbindliche politische Prinzipien verankert werden. Modell dazu sind solche Dokumente wie die UNO-Charts und die UNO-Deklaration zu Prinzipien des Völkerrechts von 1970 sowie die Prinzipien der Erklärungen, die von der UdSSR und den USA bzw. Frankreich unterzeichnet wurden. Eine wichtige Rolle spielen auch die sieben Punkte der Prager Deklaration vom 26. Januar 1972.
Korb 2: Er umfaßt Fragen der ökonomischen Zusammenarbeit, des Handels und Umweltschutzes. Im einzelnen geht es z. B. um die Schaffung einer gesamt-europäischen Infrastruktur (Energieverbundnetz, Verkehr usw.), die Ausweitung des Handels u. a. Ein wesentlicher Punkt wird die Beseitigung diskriminierender Bestimmungen sein, die diese Zusammenarbeit behindern, wie z. B. die Zollpolitik der EWG, die Verweigerung der Meistbegünstigungsklausel für RGW-Länder, Mengenbeschränkungen und Sperrlisten im Handel u. a.
Korb 3: Er umfaßt kulturelle Zusammenarbeit, Informationsaustausch und Kontakte zwischen Organisationen und Menschen. Wichtig ist, daß durch die hier zu erarbeitenden Grundsätze nicht aufgehoben wird, was z. B. in Korb 1 vereinbart wird (Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Souveränität und Gleichheit der Staaten). Die Staaten müssen das Recht behalten, selbständig über Inhalt, Umfang und Modalitäten dieser Zusammenarbeit zu entscheiden.
Korb 4: Schaffung eines Organs, das die Arbeit nach Beendigung der Konferenz weiterführt, Koordinierungsaufgaben übernimmt, als Konsultationszentrum dient und eine mögliche zweite Konferenz vorbereitet.
Nach Ansicht der meisten in Helsinki-Dipoli vertretenen Delegationen sollte die Konferenz Ende Juni 1973 beginnen. Das wäre fast auf den Tag genau sieben Jahre nach der Bukarester Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten, die in ihrer Deklaration die Einberufung einer solchen Konferenz vorgeschlagen hatte.

Wolfgang Kleinwächter, Institut f. internationale Studien